

Sitzungsperiode 2024-2025
Sitzung des Ausschusses III vom 10. April 2025

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 177 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister FRANSEN zum Zentrum für inklusive Pädagogik als Wegbereiter eines inklusiveren Bildungswesens**

Im vergangenen April wurde an dieser Stelle das Dekret zur Schaffung des Zentrums für inklusive Pädagogik (ZiP) verabschiedet. Dieser Gründung war ein langwieriger Prozess vorgegangen, der durchaus seine Herausforderungen bereithielt.

Mit der Gründung des ZIP soll das Bildungswesen in der DG inklusiver werden. Ein Prozess, der nicht politisch verordnet oder durch Dekrete festgelegt werden kann - der aber davon abhängt. Da der dekretale Rahmen im vergangenen Jahr verbessert wurde, haben wir dem Dekret zugestimmt. Doch bereits damals habe ich mit Blick auf die heutige Regierung darauf hingewiesen, dass die anschließenden Prozesse elementar für echte Veränderungen sein werden. So konnte die Gründung des ZIP nur ein Schritt auf einem längeren Weg sein.

Nun ist es Zeit, eine Wasserstandsmeldung einzuholen.

„Wie gelingt es, die inhaltlichen Aspekte, aber auch die Arbeitsweisen und die Haltung in alle Schulen, in alle Klassenzimmer der DG, vom Kindergarten bis zum Abitur oder Gesellenbrief zu bringen?“, lautete meine damalige Formulierung.

Daraus ergeben sich für den heutigen Tag folgende Fragen:

1. Wie ist die Arbeit am Zentrum für inklusive Pädagogik seit seiner Gründung angelaufen?
2. Folgt die angelaufene Umsetzung des Prozesses hin zu einem inklusiveren Bildungswesen nach wie vor der vorab definierten Prozessplanung?
3. Welche dekretalen Anpassungen stehen als nächstes an?

- **Frage Nr. 178 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister FRANSEN zur beruflichen Eingliederung von Langzeitkranken in der DG**

Im Oktober 2024 zitierte das GrenzEcho eine Mitteilung des Arbeitsamts, wonach sich die Zahl der Langzeitkranken in der DG seit 2010 von 1.420 auf 2.710 fast verdoppelt hat.¹ Diese Steigerung um 91 % liegt über dem nationalen Durchschnitt von 81 %. Besonders auffällig ist, dass sich der Anstieg seit 2016 weiter beschleunigt hat. In Belgien leiden etwa ¼ der Langzeitkranken an Burnout oder Depressionen.² Der Großteil der Langzeitkranken, insbesondere bei älteren Menschen, leiden an Muskel-, Atem- und Skeletterkrankungen.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ <https://www.grenzecho.net/113864/artikel/2024-10-26/zahl-der-langzeitkranken-der-dg-steigt-weiter>.

² <https://www.inami.fgov.be/fr/statistiques/statistiques-indemnitees/incapacite-de-travail-de-longue-duree-combien-de-burnouts-et-de-depressions-de-longue-duree-quel-cout-pour-l-assurance-indemnitees>.

Diese alarmierende Entwicklung in Belgien könnte dramatische Folgen für die soziale Sicherheit des Landes und für die Wirtschaft im Allgemeinen haben.

Die Entschädigung für Langzeitkranke wird von den Krankenkassen bezahlt. Nach dem ersten Monat erhält eine Person zunächst 60% ihres Bruttolohns. Nach drei Monaten Krankheit fällt sie auf eine Mindestgrenze³, die ab dem vierten Monat von der familiären Situation der Person abhängt. Um die Zahl der Langzeitkranken zu bremsen, will die derzeitige Arizona-Regierung Arbeitgeber, Krankenkassen und Kranke unter Druck setzen. Die Ursachen dieses Phänomens anzugehen ist nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Die heutige Koalition sieht vor, **Flexi-Jobs** und **Nacharbeiten** auszubauen, was auf lange Zeit die Zahl der Langzeitkranken weiter erhöhen wird.⁴

Immer mehr Menschen, die wegen Krankheit arbeitsunfähig sind, nehmen schrittweise wieder eine berufliche Tätigkeit auf – oft mit langfristigem Erfolg.⁵ Teilzeitmodelle ermöglichen es Langzeiterkrankten, ihre Arbeitsfähigkeit schrittweise zu testen, während sie weiterhin einen Teil ihrer Krankengeldleistungen beziehen. Doch nicht alle Arbeitgeber ermöglichen eine schrittweise Rückkehr.

In diesem Zusammenhang habe ich nun folgende Fragen an Sie:

1. Wer ist für die berufliche Eingliederung von Langzeitkranken in der DG zuständig?
2. Welche Rolle spielen die Krankenkassen bei der Begleitung von Langzeitkranken?
3. Welche Angebote stehen Personen mit Langzeiterkrankung für ihren Wiedereinstieg in die Berufswelt zur Verfügung?

• **Frage Nr. 179 von Frau ELSEN (ProDG) an Minister FRANSSEN zum Sport im Unterricht**

Sport im schulischen Alltag bietet eine Vielzahl positiver Effekte. Es fördert die körperliche Gesundheit, steigert die Konzentration, soziale Fähigkeiten werden gefördert, Stressabbau und Durchhaltevermögen werden erlernt und noch vieles mehr. Ich denke wir sind uns alle einig, dass der Sport ein wichtiger Bestandteil des Schulalltags ist.

In den verschiedenen Schulen der DG treffen die Kinder und Jugendlichen aber auf sehr unterschiedliche Situationen im Schulalltag. Das betrifft die Anzahl der Sporteinheiten, die sie in der Schule betreiben können und wer diesen Sportunterricht erteilt sowie den Zeitaufwand für den Weg zur Sporthalle. Dieser kann in einer Einheit von 50 Minuten die Zeit, in der man effektiv Sport treibt, beeinträchtigen.

Die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation zur körperlichen Bewegung für 5 bis 17-jährige lauten 60 Minuten pro Tag. Diesbezüglich wäre es bereits super, wenn in den Schulen 2 Stunden Sport pro Woche erteilt würden. Leider ist dies nicht in allen Schulen so vorgesehen. In diesen 2 Einheiten pro Woche kann der Schwimmunterricht ja ebenfalls eine Einheit darstellen, der an vielen Schulen mehr oder weniger 10x im Jahr stattfindet.

Diesbezüglich stellen sich mir folgende Fragen:

1. An wie vielen Schulen in der DG sind 2 Stunden Sport inklusive Schwimmunterricht pro Woche ein fester Bestandteil?
2. Wie viele Sportstunden werden durch ausgebildete Sportlehrer erteilt?
3. Nehmen alle Primarschulkinder jährlich an einem Schwimmunterricht teil?

³ <https://www.inami.fgov.be/fr/themes/incapacite-de-travail/montants-et-plafonds-des-indemnites/salaries-chomeurs/montant-minimal-de-votre-indemnite-d-incapacite-de-travail>.

⁴ <https://www.levif.be/societe/sante/politique-de-sante/reintegrer-les-malades-de-longue-duree-mission-impossible/>.

⁵ <https://www.grenzecho.net/119568/artikel/2025-02-27/vom-krankenbett-zuruck-ins-berufsleben>.

• **Frage Nr. 180 von Frau ELSSEN (ProDG) an Minister FRANSEN zur flexibleren Gestaltung von Unterrichtseinheiten in der Sekundarschule**

Das Robert-Schuman-Institut stellte uns kürzlich im Ausschuss ihr neues technisches Abitur vor, das Anwärter für Verteidigungs-, Präventions- und Sicherheitsberufe vorbereitet. Dieses neue Programm soll theoretisch im September 2025 an den Start gehen.

Bei dieser Vorstellung sprachen wir über das Stundenraster der wöchentlichen Unterrichte und wie flexibel diese Gestaltung eventuell aussehen könnte, wie beispielsweise durch Organisation von Blockunterricht. Daraufhin wurde von der Schule angemerkt, dass ihnen eine gewisse Autonomie bei dieser Gestaltung fehlen würde. Weiter wurde diese Anmerkung jedoch nicht ausgeführt.

Eventuell wäre aber genau diese Autonomie in den Schulen wichtig zum Beispiel bei Fächern, die nur für 1 Stunde pro Woche vorgesehen sind. Zum Beispiel könnte man in den Fächern Geografie oder Geschichte über eine flexiblere Gestaltung nachdenken, indem man im ersten Halbjahr eines dieser beiden Fächer in 2 Stunden pro Woche abarbeitet und dann im 2. Halbjahr das andere Fach sich vornimmt.

Diesbezüglich habe ich folgende Fragen, Herr Minister

1. Wie autonom sind Schulen in der Gestaltung der wöchentlichen Stundenpläne?
2. Wäre es möglich, Fächer in "Blöcken" zu organisieren, indem beispielsweise ein Unterrichtsfach komplett im ersten Halbjahr erteilt wird?
3. Wäre dann ein Abschlusstest mitten im Jahr für dieses Fach möglich?

• **Frage Nr. 181 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Minister FRANSEN zum Fach Politische Bildung**

Politische und gesellschaftliche Bildung ist ein zentraler Baustein demokratischer Gesellschaften. Gerade in Zeiten zunehmender Desinformation und politischer Polarisierung wird sie immer wichtiger. Viele Jugendliche fordern seit Jahren – ebenso wie Jugendorganisationen – verstärkte Bildungsangebote in diesem Bereich.

Auch im Parlament ist in den letzten Jahren immer wieder über die Bedeutung der politischen Bildung und deren Einführung als getrenntes Unterrichtsfach diskutiert worden. Dabei hat sich zunehmend die Überzeugung herausgebildet, dass Angebote als fächerübergreifende Querschnittsinitiativen zwar interessant und wichtig sind, aber nicht genügen. Die SP-Fraktion teilt diesen Standpunkt und freut sich deshalb sehr über den im Rahmen der Initiative „Journalist für einen Tag“ am 26. März veröffentlichten Artikel.

Die Pater-Damian-Sekundarschule geht nun mit gutem Beispiel voran und entwickelt ein eigenes Konzept zur politischen Bildung. Dies zeigt deutlich den bestehenden Bedarf. Die PDS begründet ihre Entscheidung wie folgt: „Die Schüler zeigen ein starkes Interesse an politischer Bildung. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die aktuelle politische Lage. In ganz Europa sei ein deutlicher Rechtsruck zu beobachten, und wir als Schule sehen es als unsere Verantwortung, junge Menschen auszubilden und zum kritischen Denken anzuregen.“ Des Weiteren soll politische Bildung in den Mittelpunkt gerückt und zu einem zentralen Bestandteil der Schulausbildung werden. Weiter argumentiert die Direktorin der PDS, dass sich die vielen Elemente des Leitfadens des Rahmenplans der DG nicht allein fächerübergreifend abdecken lassen.

Sie, werter Herr Minister, halten bisher daran fest, politische Bildung fächerübergreifend zu unterrichten. Wir sowie die Jugendlichen in der DG stellen jedoch fest, dass dies bisher nicht funktioniert.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wenn Jugendliche und Institutionen wie das Jugendbüro seit Jahren eine verstärkte politische Bildung fordern – warum wird diesem Bedarf nicht mit einem eigenen Schulfach begegnet?
2. Wie stellen Sie sicher, dass politische Bildung im fächerübergreifenden Ansatz tatsächlich altersgerecht strukturiert verbindlich vermittelt wird, wenn sie nicht als eigenständiges Fach verankert ist?
3. Wären Sie bereit, Modellprojekte wie jenes der PDS durch Schaffung der gegebenenfalls notwendigen administrativen Voraussetzungen aktiv zu unterstützen, um daraus bestenfalls konkrete Schritte für ein umfassenderes Angebot abzuleiten?

• **Frage Nr. 182 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister FRANSEN zur veränderten Situation der Schülerbeförderung an den Förderschulen in Eupen**

In der DG wird für Schülerinnen und Schüler der Förderschulen seitens des Ministeriums ein freiwilliger, kostenloser Schülertransport ermöglicht. Auf diesen sind zahlreiche Familien angewiesen. Es gibt in der DG nur wenige Förderschulen, zu denen die Kinder aus allen Dörfern und Gemeinden gelangen müssen. Das ist für die Kinder bzw. wäre für die Eltern oft mit langen Fahrzeiten verbunden. Wenn beide Elternteile arbeiten müssen und weitere Geschwister an anderen Regelschulen unterrichtet werden, ist der kostenlose Schülertransport zu den Förderschulen also eine erhebliche Erleichterung für die Familien. Viele kämen ohne dieses Angebot überhaupt nicht zurecht, insbesondere wenn sie weit weg von den Förderschulen wohnen.

Nun haben wir erfahren, dass es bei den Förderschulen in Eupen nach den Karnevalsferien drastische Änderungen des Busfahrplans gegeben hat, über die die Eltern ohne viel Vorlauf und ohne Möglichkeit der Einflussnahme informiert wurden. Diese Änderungen sind jedoch vor allem für Kinder im Kindergarten- und Primarschulalter mit beachtlichen Einschnitten verbunden:

- Es entstehen Fahrzeiten von bis zu 2,5 Stunden pro Fahrt (!), wodurch manche Kinder für den Schulbesuch länger als zehn Stunden außer Haus sind.
- Es gibt Sammelstellen für die Abholung, die recht weit weg vom Wohnort liegen, was für Kinder mit Beeinträchtigungen nicht optimal ist.
- Die Fahrzeiten sind im Verhältnis zur Entfernung zwischen Wohnort und Schule mitunter enorm.
- uvm.

Offenbar ist der Grund für die Umstrukturierung der Fahrpläne das Ausscheiden eines Busfahrers, für den kein Ersatz gefunden werden konnte.

Aufgrund dieser ernsten Situation habe ich folgende Fragen an Sie, Herr Minister:

1. Treffen die geäußerten Schilderungen zur Situation des Schülertransports beim ZFP Eupen zu?
2. Welche Lösungen sind zu einer raschen Beseitigung dieser unhaltbaren Situation denkbar?
3. Binnen welchen Zeitraums kann mit einer Verbesserung der Situation gerechnet werden?